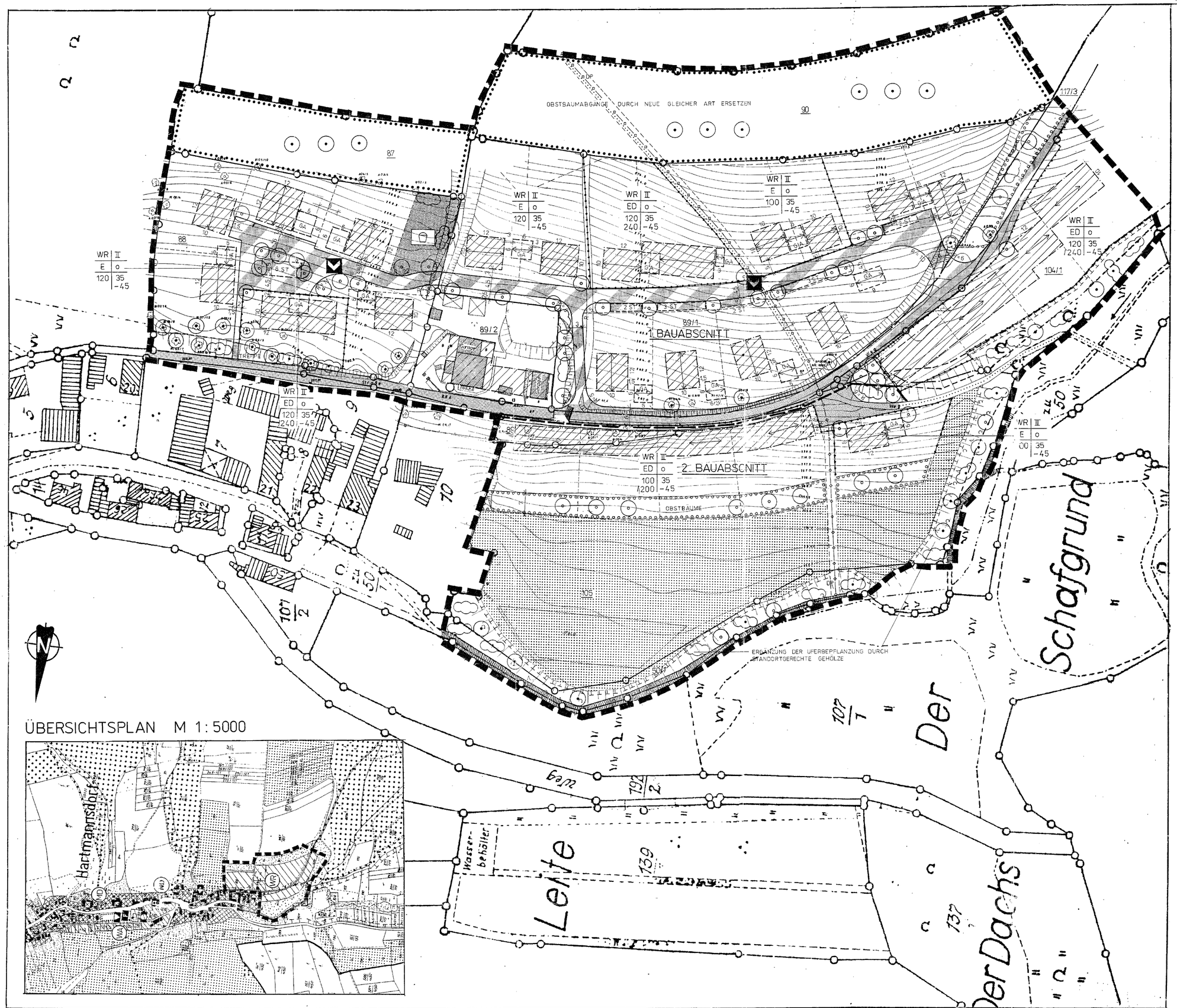

ÜBERSICHTSPLAN M 1:5000

FESTSETZUNGEN

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES
- ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 23 BauNVO)
- BAULINIE
- BAUGRENZE
- FIRSTRICHTUNG

BAUGEBIET (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (§ 16 (3) BauNVO)
HAUSFORM (§ 22 BauNVO)	BAUWEISE (§ 22 BauNVO)
GRUNDFLÄCHE (in qm (§ 19 BauNVO))	SATTELDACH MIT ANGABE DER DACHNEIGUNG IN GRAD

WR II E o 120 35 -45

- STRASSENVERKEHRSFLÄCHE (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)
- VERKEHRSFLÄCHE BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG (VERKEHRSBERUHIGTER BEREICH)
- ÜBERÖRTLICHE WEGE UND ÖRTLICHE HAUPTWEGE
- KABELTRASSE DEUTSCHE BUNDESPOST (nachrichtlich)
- GRÜNFLÄCHE (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB) (SPIELPLATZ)
- WASSERFLÄCHE (§ 9 (1) Nr. 16 BauGB)
- FLÄCHE FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (§ 9 (1) Nr. 18 BauGB)
- UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)
- UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) Nr. 25 a) BauGB)
- UMGRENZUNG VON FLÄCHEN MIT BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) Nr. 25 b) BauGB)
- ANPFLANZEN VON BÄUMEN
- ANPFLANZEN VON STRÄUCHERN
- ERHALTUNG VON BÄUMEN
- ERHALTUNG VON STRÄUCHERN
- UMGRENZUNG DER FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB)
- ST STELLPLATZ
- GA GARAGEN
- GRENZE BAUABSCHNITT
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- 9 ABSTAND IN METER

HINWEIS

- VORSCHLAG GRUNDSTÜCKSGRENZE

BESTAND

DIE DARSTELLUNG DES BESTANDES ERFOLGTE NACH DER DIN 18702 (ZEICHEN FÜR VERMESSUNGSRISSE, GROSSMASSSTÄBIGE KARTEN UND PLÄNE)

M 1:500

0 50 100 200 300 400 500 1000 m

FREISCHAFFENDER ARCHITEKT FÜR STADTPLANUNG
DIPLOMINGENIEUR FÜR STÄDTEBAU
VOLKHARD · LEHMANN
AM MÜHLGRABEN 4A
0-6519 WÜNSCHENDORF / THÜRINGEN
DORF- UND STADTPLANUNG

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

TEIL I : PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 BauGB)

1. Art der baulichen Nutzung

1.1. Nutzungsart

(1) Das Baugebiet dient der Unterbringung von Wohngebäuden. Es wird als reines Wohngebiet (WR) im Sinne § 3 BauNVO mit folgender Einschränkung ausgewiesen:
Nicht zulässig gemäß § 1 (5) BauNVO sind kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes sowie von Rechtsanwälten der Gewerbebetriebe, Anlagen für sportliche Zwecke sowie gewerbliche und sonstige Zwecke.

(2) Bei der Grundstücksbebauung Kniebauweise und eingeschossige Bauweise zulässig, als Hanglage in Ausnahmen zugelassen, sind nach § 15 BauNVO Räume zu lässig.

1.2. Nebenanlagen (§ 14 BauNVO)

(1) Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen gemäß § 14 BauNVO sind innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Ihre Größe darf jedoch nicht überschritten.

(2) Die Verpflichtung der Errichtung notwendiger Nebenanlagen nach § 14 (2) BauNVO sind im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes unabhängig von Punkt 9 des zulässig.

1.3. Garagen und Stellplätze (§ 12 BauNVO)

(1) Garagen und Stellplätze sind nur innerhalb der dafür vorgesehenen Flächen und für den durch die Nutzung verursachten Bedarf zulässig (§ 9 (1) 12. BauNVO).

(2) Vorgärten sind von Garagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche bis zu 1 m Abstand zu der Wohngebäude zugelassen werden.

(3) Die Garagen sind in [illegible] zu errichten.

(4) Stellplätze nach § 12 BauNVO sind unzulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

(1) Das Maß der baulichen Nutzung wird gemäß § 16 (2) BauNVO durch die Grundfläche der baulichen Anlagen und durch die Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß festgesetzt, sofern Abweichungen durch Gebäudetypen, Dachneigungen, Firstrichtungen durch Gebäude nicht eingeschränkt sind.

(2) Als Vollgeschosse gelten die oberen Geschosse, wenn sie mindestens zu [illegible] Teil über die natürliche Geländeoberfläche hervorragen. Sockelgeschosse gelten nicht als Vollgeschosse.

3. Bauweise § 22 BauNVO

(1) Es [illegible] offene Bauweise festgesetzt, [illegible] Gebäude mit seitlichem Grenzabstand errichtet werden.

4. Überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 BauNVO)

(1) Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch Baugrenzen und Baulinien festgesetzt.

(2) Gebäudeteile dürfen gemäß § 23 (2) BauNVO die Baugrenzen/Baulinien nur [illegible] überschreiten. Dies gilt nicht für Dachüberstände.

5. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

(1) In der [illegible] Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB ist [illegible] zu schützen, zu pflegen und zu [illegible] Durchführung der [illegible] sind [illegible] zu [illegible].

(2) Die [illegible] Fläche zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB ist mit standortheimischen Gehölzen [illegible] zu bepflanzen. Der Pflanzabstand beträgt [illegible].

(3) Flächen, die für die Anlage von Straßen, Wegen und Plätzen, Einfriedungen und für die Errichtung von Stützmauern, Straßenbäumen und sonstigen Bepflanzungen, Böschungen und Straßenbegleitgrün benötigt werden, sind [illegible] zu entschädigen.

(4) Es [illegible] Bäume und Sträucher [illegible] zu pflanzen.

6. Pflanzen und ihre Wahl

Arten [illegible]:
- Spitzahorn
- Rotbuche
- Esche
- Obstbäume

7. Pflanzordnung

- [illegible]
- Feldgehölz
- Rotbuche
- Hainbuche
- Vogelkirsche
- Obstbäume
- Wildobst

8. Bindungen

- [illegible]
- Mehrzahl ohne Einzelbaum
- Hecke [illegible]
- Einzelbäume
- Wo [illegible] schneiden
- Naturgleichheit
- Mit Hecken
- Heimischer Laubbaum

(5) Jegliche Kunstdüngung und chemische Pflanzenbehandlung im Bereich des Baches ist nicht zulässig.

(6) Die Pflege der Gehölze hat im winterhalbjahr zu erfolgen.

(7) Alle Pflanzungen sind vor Beeinträchtigungen, wie Verdichtung, Befestigung, Aufschüttung, Ablagerungen, mechanischen Flächen- und Pflanzenschädigungen usw. zu schützen.

(8) Während der Bautätigkeit ist der Mutterboden zu schützen, daß er fachgerecht bei der Wiederherstellung der Pflanz- und Vegetationsflächen verwendet werden kann.

(9) Ersatzpflanzungen von Obstbäumen werden im Verhältnis 1 : 1 durchgeführt.

TEIL II : BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 83 BauO)

1. Äußere Gestalt der Gebäude

(1) Fassaden [illegible] sind [illegible] zu [illegible].

(2) Gebäude [illegible] sind [illegible] zu [illegible].

(3) Als Dachform werden [illegible] mit einer Dachneigung von 35° - 45° vorgeschrieben. Die Dacheindeckung hat mit roter Tönung zu erfolgen. Dachüberstände sind am Ortsrand und an der Traufe bis zu 0,5 m zulässig.
Pfettendächer, Satteldächer über [illegible] Grundriß, Walmdächer, Krüppelwalmdächer, Zeltdächer, Pultdächer, Mansarddächer, Flachdachkonstruktionen und -formen sowie Dachbauformen sind [illegible].

(4) [illegible] Dachneigung [illegible] gemäß [illegible] Garagen zu [illegible].
Garagen [illegible] sind [illegible].
Der [illegible] Abstand von Aufbauten und Einzelbauten [illegible] 2,5 m.

(5) Die Firstrichtung ist [illegible] Hauptgebäude [illegible].

(6) Die Firsthöhe darf [illegible] 9,5 m [illegible] 12 m [illegible].

(7) Antennen [illegible] sind [illegible] zulässig.

(8) Die Errichtung von Anlagen [illegible] ist [illegible].

(9) Die Fassaden sind [illegible] zu [illegible].

(10) Werbeanlagen [illegible] sind [illegible] zulässig.

(11) Flachdächer [illegible] sind [illegible] zu [illegible].

(12) Sind [illegible] Gebäude [illegible] sind [illegible] zulässig.

2. Garagen und Stellplätze

(1) Garagen sind mit Satteldach auszubilden. Neigung 35° - 45°.

(2) Garagen bzw. Carports, die eine gemeinsame Grundstückszufahrt haben oder als Wahrfachanlage errichtet werden, sind mit gleicher Dachform und Dachfarbe zu versehen. Die Firsthöhe sowie der untere Dachabschluß sind höhengleich auszubilden.

(3) Die Flächen von Stellplätzen sind mit wasserdurchlässiger Deckschicht (Rasenpflaster) oder mit Belägen mit hohem Öffnungsanteil auszubilden.

3. Gestaltung der Grundstücke und Grundstückseinfriedungen

(1) Einfriedungen entlang der Verkehrsfläche dürfen nur bis 1,0 m Höhe, einfach, [illegible] maximal 10 cm Sockel, als lebende Zäune (Hecken), evtl. mit eingepflanzten Maschendraht, sowie durch Holzzäune mit und ohne Sockel ausgebildet werden.

(2) Die Einfriedungen der Gärten kann bis zu 2,0 m Höhe erfolgen, wobei ebenfalls nur Hecken und Holzzäune zulässig sind, mit und ohne Sockel.

(3) Die Grundstücksfläche darf einschließlich Wohngebäude, Garage und Nebenanlagen nur zu maximal 40 % versiegelt werden. Oberflächenwasser ist auf dem Grundstück zu versickern.

(4) Die nicht versiegelten Grundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen, wobei der Anteil immergrüner Gehölze 25 % nicht überschreiten darf.

(5) Jedes Grundstück sollte mit mindestens einem Obstbaum oder Laubbaum bepflanzt sein.
Vorhandene Bäume auf den Baugrundstücken sind nach Möglichkeit zu erhalten.

4. Sonstiges

(1) Bis zum Herstellen einer kommunalen Kläranlage ist der entstehende Abwasser- vollbiologisch über eine Kläranlage zu klären. Regenwasser darf nicht in die Kläranlage eingeleitet werden.

(2) Müllcontainer und Mülleimer sind in ausreichender Anzahl, Größe und Beschaffenheit zu bereitstellen bzw. auf den Baugrundstück vorzuhalten, so daß eine ordnungsgemäße öffentliche Müllabfuhr sichergestellt ist.
Die Stellplätze sind einzugrünen bzw. mit einem Sichtschutz zu versehen.

(3) Bei allen [illegible] Beleuchtung und Beleuchtung [illegible] sind [illegible] Anforderungen des Grundschutzes unbedingt, [illegible] geringstens Teilen der Abstandsflächen gestattet.
Abstandsflächen dürfen also auch auf andere Grundstücke [illegible] werden, wenn sichergestellt ist, daß sie nicht überbaut [illegible] sind, den [illegible] Abstandsflächen und Abstandsflächen [illegible] eingehalten werden.

Es wird bescheinigt, daß die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke mit den Nachweis des Liegenschaftskatasters übereinstimmen.

Gera, den 20.07.92

[illegible]

VERFAHREN

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 09.06.1992. Der Beschluß wurde in ortsüblich bekannt gemacht.

BÜRGERBETEILIGUNG

Gemäß § 3 (1) BauGB wurde die Bürgerbeteiligung zu der Aufstellung des Bebauungsplanes nach ortsüblicher Bekanntmachung am 03.07.1992.

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Dieser Plan wurde als Entwurf am 23.03.1992 gemäß § 3 (2) BauGB von den Gemeindevertretern gebilligt und zur öffentlichen Auslegung beschlossen. Der beschlossenen Entwurf und seine Begründung hat zu jedermanns Einsicht in der Zeit von 13.04.1992 bis einschließlich 15.05.1992 öffentlich ausgelegen. Der Ort und die Dauer der Auslegung wurden am 01.04.1992 ortsüblich bekannt gemacht.

BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHE BELANGE

Die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (2) BauGB unter Fristsetzung zum 15.05.1992 am 31.03.1992 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt.

PRÜFUNG DER BEDENKEN UND ANREGUNGEN

Gemäß § 3 (2) hat die Gemeindevertretung die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 15.06.1992 und 19.06.1992 geprüft.

PLANÄNDERUNGSBESCHLUSS

Gemäß § 3 (3) BauGB wurde der Entwurf des Bebauungsplanes geringfügig bzw. von geringer Bedeutung am 19.06.1992 abgeändert. Eine eingeschränkte Beteiligung gemäß § 13 wurde durchgeführt.

PLANBESCHLUSS

Dieser Plan wurde gemäß § 10 BauGB am 19.06.1992 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen.

Hartmannsdorf, den 16.07.92

- Siegel -

GENEHMIGUNG

Der Plan wird gemäß § 11 BauGB mit Verfügung vom 19.11.92 ~~Az: [illegible]~~ der Aufsichtsbehörde ~~nicht~~ / ohne Auflagen genehmigt.

Gera, den 30.09.92

- Unterschrift -

BEKANNTMACHUNG DER GENEHMIGUNG UND INKRAFTTRETEN

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 12 BauGB am 03.12.92 mit Angabe des Ortes, wo der Plan eingesehen werden kann, durch ortsübliche Bekanntmachung vom 03.12.92 in Kraft gesetzt.
Damit ist der Bebauungsplan seit 03.12.92 rechtsverbindlich.

Hartmannsdorf, den 07.12.92

Bürgermeister

12. GÖLW 8 - 16/11.92

19.11.1992

BEBAUUNGSPLAN NR. 1
GEMEINDE HARTMANNSDORF
" AM PÖRSDORFER WEG "
* PLAN DER FESTSETZUNGEN *

Stand Juni 1992

PLANENTWURF:

ARCHITEKTURBÜRO DORF- UND STADTPLANUNG
VOLKHARD LEHMANN
ROCAER STRASSE 18
0 - 6515 MÜNCHENBERNSDORF
TEL./FAX 36SD. 807